



**479 Bericht** von Christian Franz, Adelina Garamow, Alexander S. Kritikos, Alexander Kriwoluzky und Marcel Fratzscher

## Wirtschaft, Demografie und strukturelle Missstände: Die Faktoren hinter dem Erfolg der AfD bei der Europawahl 2024

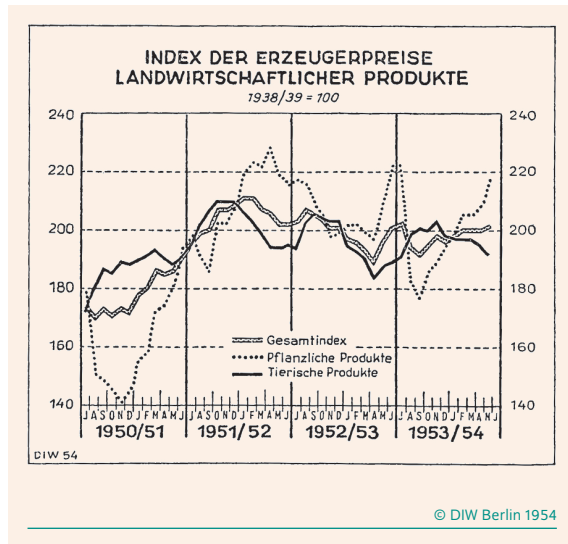
- Studie untersucht, welche regionalen Faktoren mit Wahlerfolgen von AfD und BSW bei Europawahl zusammenhängen
- Populistische Parteien sind im Osten vor allem in überalterten Regionen stark
- Im Westen sind neben Demografie auch Wirtschaftslage, strukturelle Faktoren und Zuwanderung entscheidend

**489 Interview** mit Alexander Kriwoluzky

**492 Kommentar** von Tomaso Duso

## Wettbewerb als Schlüssel für Europas Wettbewerbsfähigkeit

### Die Entwicklung der Agrarpreise



Landwirtschaft und Industrie unterscheiden sich volkswirtschaftlich in erster Linie durch ihre verschiedene Anpassungsfähigkeit an die jeweilige Konjunkturlage. Während die Industrie die Möglichkeit hat, Preis und Menge der von ihr hergestellten Waren nach dem Bedarf auszurichten, ist die Landwirtschaft naturgebunden d. h. von Klima und Witterungsverhältnissen abhängig und nicht in der Lage, ihre Produktion kurzfristig der jeweiligen Konjunktur anzupassen, was sich auf die Gestaltung der von ihr für ihre Produkte zu fordernden Preise in vielen Fällen ungünstig auswirkt.

Der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte als gemeinsamer Ausdruck der an sich sehr unterschiedlichen Preisentwicklung bei den einzelnen Erzeugnissen zeigt seit der Währungsreform eine stetige Aufwärtsentwicklung, die nach einem vorübergehenden Ableiten im Wirtschaftsjahr 1950/51 — in Anlehnung an die Preisgestaltung am Weltmarkt — zu Anfang des Jahres 1952 ihren Höhepunkt erreichte. Seit diesem Zeitpunkt ist die Entwicklung unruhiger verlaufen und im Trend bis zum Jahresende 1953 ständig gesunken. Erst seit dem letzten Vierteljahr 1953 zeigt sie wieder eine leicht steigende Tendenz.

Aus dem Wochenbericht Nr. 30 vom 23. Juli 1954

#### IMPRESSUM

#### DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: [kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)

91. Jahrgang 26. Juli 2024

#### Herausgeber\*innen

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;  
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;  
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.;  
Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

#### Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;  
Kristina van Deuverden

#### Lektorat

Dr. Stefan Bach

#### Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;  
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

#### Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

#### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

#### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter [www.diw.de/wochenbericht](http://www.diw.de/wochenbericht)  
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter  
[www.diw.de/wb-anmeldung](http://www.diw.de/wb-anmeldung)

ISSN 1860-8787

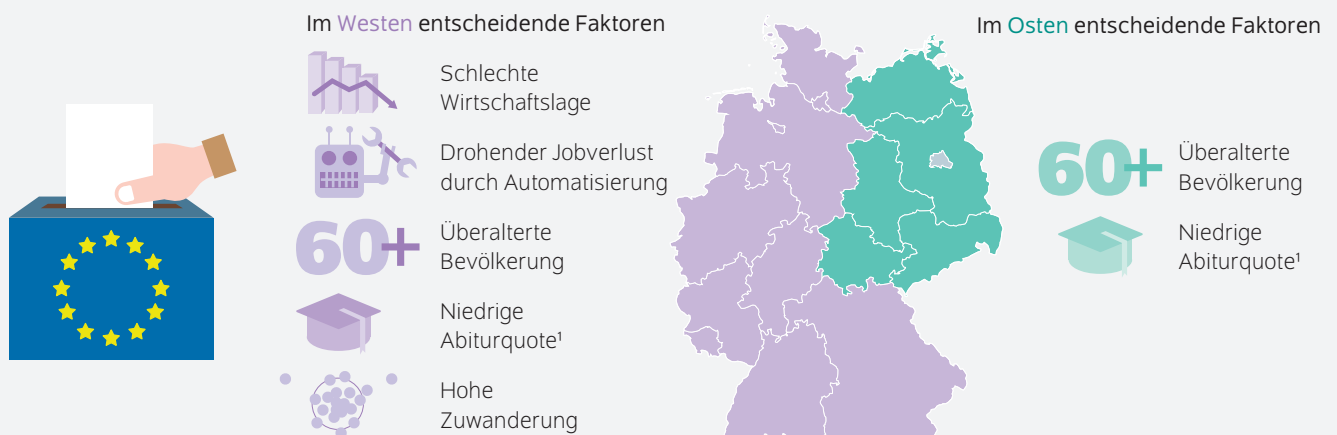
Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an  
den Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

## Wirtschaft, Demografie und strukturelle Missstände: Die Faktoren hinter dem Erfolg der AfD bei der Europawahl 2024

Von Christian Franz, Adelina Garamow, Alexander S. Kritikos, Alexander Kriwoluzky und Marcel Fratzscher

- Studie untersucht auf Kreisebene, welche ökonomischen, strukturellen und demografischen Faktoren mit Stimmanteilen von AfD und BSW bei der Europawahl 2024 zusammenhängen
- Populistische Parteien sind im Osten vor allem in überalterten Kreisen stark
- Im Westen schneiden sie zusätzlich in Regionen mit vielen Beschäftigten in der Industrie besser ab, deren Jobs von zunehmender Automatisierung bedroht sind
- Auch in westdeutschen Kreisen mit schwacher Wirtschaftslage oder mit hohem Anteil an Menschen ohne deutschen Pass ist die Zustimmung hoch
- Politik muss Probleme in strukturschwachen und demografisch älteren Kreisen systematischer als bisher angehen

### Die Wahlerfolge von AfD und BSW bei der Europawahl 2024 hängen in west- und ostdeutschen Kreisen mit unterschiedlichen Strukturmerkmalen zusammen



#### ZITAT

„Seit der Europawahl 2019 hat sich die wirtschaftliche, strukturelle und demografische Situation in vielen Kreisen nicht verbessert. Die Politik muss das ändern, beispielsweise durch öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, vor allem in Ostdeutschland.“

— Alexander Kriwoluzky —

#### MEDIATHEK



Audio-Interview mit Alexander Kriwoluzky  
[www.diw.de/mediathek](http://www.diw.de/mediathek)

# Wirtschaft, Demografie und strukturelle Missstände: Die Faktoren hinter dem Erfolg der AfD bei der Europawahl 2024

Von Christian Franz, Adelina Garamow, Alexander S. Kritikos, Alexander Kriwoluzky und Marcel Fratzscher

## ABSTRACT

Die Europawahl 2024 hat in Deutschland zu einer Zweiteilung der politischen Landkarte geführt. Während in den westlichen Bundesländern überwiegend die Union zur stärksten Partei gekürt wird, dominiert im Osten die AfD. Dieser Wochenbericht untersucht, welche regionalen Faktoren im Zusammenhang mit den Wahlerfolgen der AfD und des neu gegründeten Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) stehen. Dazu analysiert der Bericht Daten auf Kreisebene und teilt diese in vier Dimensionen auf: Wirtschaftslage, strukturelle Faktoren wie Anteil der Handwerksunternehmen und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe, Demografie und Zuwanderung. Die Analyse zeigt, dass die beiden populistischen Parteien im Osten vor allem in überalterten Regionen stark sind. Im Westen schneiden sie zusätzlich in Industrieregionen mit vielen Beschäftigten, deren Jobs durch Automatisierung und Digitalisierung bedroht sind, in Regionen mit einem hohen Ausländer\*innenanteil, sowie – und das gilt für die AfD mehr noch als für das BSW – in Regionen mit schwacher Wirtschaftslage besser ab. Für die Politik folgt daraus, dass sie die Probleme in strukturschwachen und demografisch älteren Kreisen systematischer als bisher angehen muss.

Bei der Europawahl 2024 sind erstmalig auch in Deutschland populistische Parteien als die größten Gewinner aus einer Wahl hervorgegangen. Die in Teilen vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestufte Alternative für Deutschland (AfD) kann sich im Vergleich zur vergangenen Europawahl um knapp fünf Prozentpunkte verbessern, das neu gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) erzielt aus dem Stand sechs Prozent. Hingegen haben die im Bund regierenden Ampelparteien elf Prozentpunkte verloren, während die Union ihr Ergebnis von vor fünf Jahren halten kann.

Gleichzeitig hat die Europawahl 2024 in Deutschland eine farblich eindeutige Landkarte zutage gebracht (Abbildung 1): Während in den westlichen Bundesländern mit wenigen Ausnahmen die Union mit durchschnittlich 32,4 Prozent stärkste Kraft wird, dominiert in den ostdeutschen Ländern die AfD. Sie legt dort sogar um acht Prozentpunkte zu, wird in nahezu allen Kreisen zur stärksten Partei und erreicht im Schnitt einen Stimmanteil von 30,1 Prozent.

Vor diesem Hintergrund analysiert dieser Wochenbericht, in welchem Zusammenhang die unterschiedlichen Lebensverhältnisse in den Kreisen und kreisfreien Städten (im Folgenden kurz Kreise) mit dem Wahlausgang in Zusammenhang stehen. Konkret werden dafür vier Dimensionen in den Blick genommen.

Zum ersten wird die ökonomische Situation in den Kreisen untersucht. Es ist zu erwarten, dass Wählende in wirtschaftlich schwachen Regionen eher populistische Parteien unterstützen.<sup>1</sup> Die Wirtschaftslage wird durch die Höhe der verfügbaren Einkommen und die Jugendarbeitslosenquote gemessen.

Als zweite Dimension dient die Wirtschaftsstruktur einer Region. Diese wird durch die Anzahl der Handwerksunternehmen pro Tausend Einwohner\*innen und den Anteil der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe an allen Erwerbstätigen erfasst. Beide weisen in unterschiedlicher Form auf

<sup>1</sup> Dijkstra Lewis, Hugo Poelman und Andrés Rodríguez-Pose (2020): The geography of EU discontent. *Regional Studies*, 54(6), 737–753; Lawrence McKay (2019): "Left behind" people, or places? The role of local economies in perceived community representation. *Electoral Studies* 60, 102046.

Kasten 1

Datengrundlage

Die vorliegende Analyse verknüpft die Wahlergebnisse zu Europawahlen in Deutschland (vorläufige Ergebnisse im Fall von 2024, endgültige Ergebnisse für 2019) mit Strukturdaten auf Kreisebene. Die Hauptanalyse umfasst insgesamt acht Variablen (Tabelle 1).

Die 382 Kreise verteilen sich auf 312 Kreise in Westdeutschland und 70 in Ostdeutschland. Berlin wurde für die Hauptanalyse ausgeschlossen, da diese eine Ost/West-Variable beinhaltet und Berlin dabei nicht eindeutig zugeordnet werden kann. 17 weitere Kreise und kreisfreie Städte wurden ausgeschlossen, weil entweder Daten fehlten oder sie seit 2019 mit anderen Kreisen zusammengelegt wurden.<sup>1</sup>

Es werden die Stimmanteile der Parteien bei der Europawahl untersucht. Die Berechnung erfolgt auf Grundlage der absoluten Stimmen im jeweiligen Kreis:

$$\text{Stimmanteil der jew. Partei} = \frac{\text{gültige Stimmen für jew. Partei}}{\text{Anzahl aller gültigen Stimmen}}$$

Für die verwendeten Variablen wurden die jeweils zuletzt verfügbaren Beobachtungen verwendet. Bei der Veränderung von Schutzsuchenden wurde die prozentuale Veränderung der letzten vier Jahre berechnet; das heißt, für 2024 wurde die Veränderung von 2019 bis 2022, und für 2019 von 2016 bis 2019 berechnet (Tabelle 2).

Tabelle 2

Statistiken zu den Variablen

Dimension	Variable	N	Durchschnitt	Standardabweichung	Minimum	Maximum	Einheit
Wirtschaft	Verfügbare Einkommen	382	24 243,3	2 334,2	1 7924,0	3 7515,0	Euro pro Kopf/Jahr
	Jugendarbeitslosigkeit	382	4,3	2,1	1,4	11,7	Prozent aller Erwerbspersonen im Alter 15 bis 24 Jahre (Jahresdurchschnitt)
Strukturelle Faktoren	Dichte Handwerksunternehmen	382	7,3	1,7	3,7	13,2	Handwerksunternehmen je 1 000 Einwohner*innen
	Anteil Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe	382	31,6	10,2	6,9	61,7	Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Erwerbspersonen
Demografie	Abiturquote	382	31,1	8,5	9,5	59,3	Prozent aller Absolvent*innen
	Bevölkerung 60 Jahre und älter	382	30,7	3,8	21,3	40,5	Prozent an der Gesamtbevölkerung
Zuwanderung	Anteil Ausländer*innen	382	12,8	5,6	3,5	39,0	Prozent an der Gesamtbevölkerung
	Veränderung Anteil der Schutzsuchenden	382	1,3	0,6	-5,5	4,2	Differenz in Prozentpunkten

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

© DIW Berlin 2024

<sup>1</sup> Die folgenden Kreise und kreisfreien Städte entfallen aufgrund von fehlenden Daten für Abiturquoten und Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe: Kiel, Wolfsburg, Wittmund, Bremen, Bremerhaven, Kaiserslautern, Neustadt (an der Weinstraße), Rosenheim, Hof, Bamberg, Schweinfurt, Cottbus, Frankfurt (Oder), Suhl, Weimar. Des Weiteren wurden der Wartburgkreis und Flensburg ausgeschlossen, da sie nach 2019 zusammengelegt wurden.

Tabelle 1

Verwendete Variablen

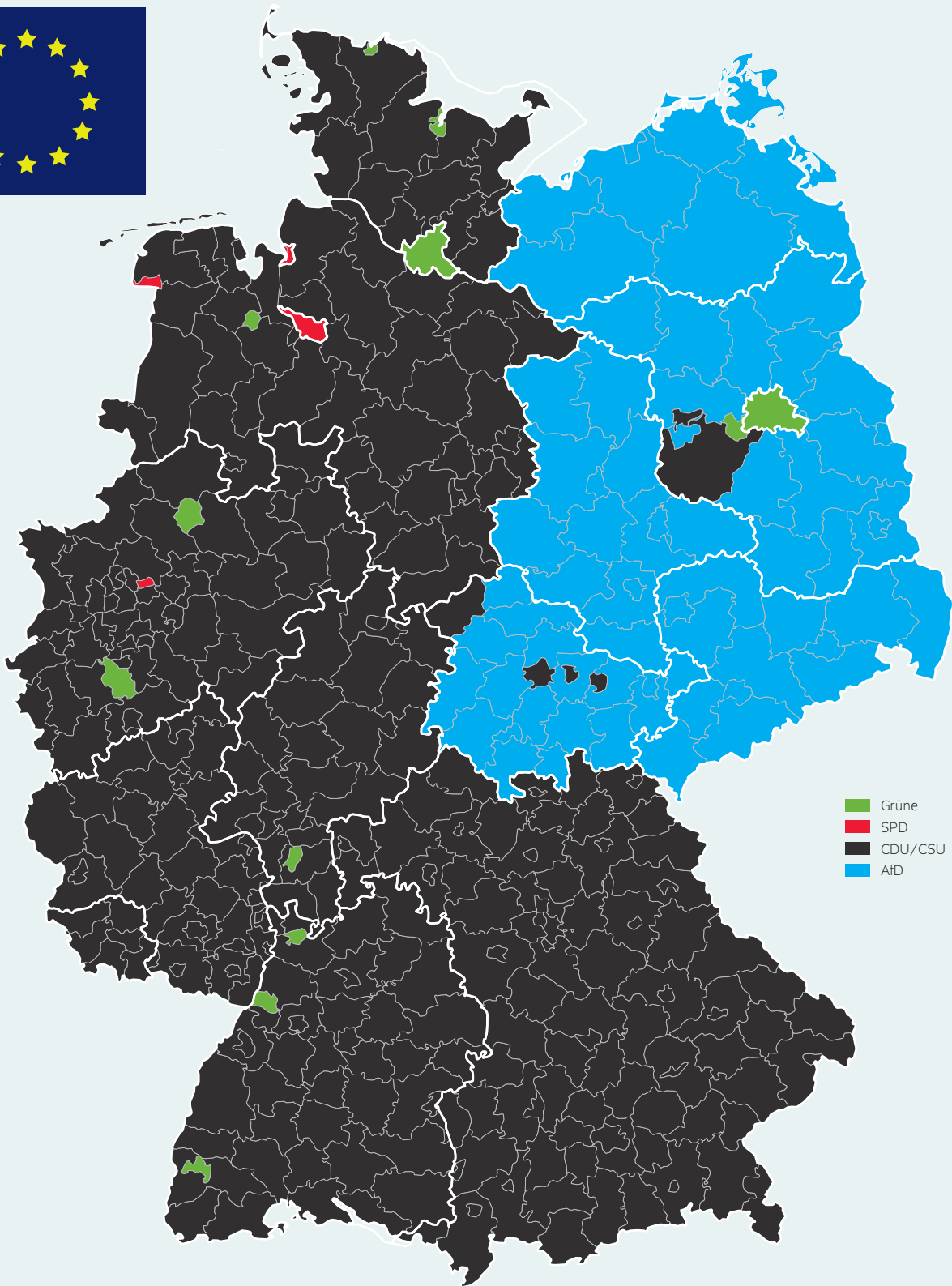
Dimension	Variable	Beschreibung	Quelle
Wirtschaft	Verfügbare Einkommen	Durchschnittliche verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2016 beziehungsweise 2021 (in Euro pro Kopf)	Regionaldatenbank Deutschland
	Jugendarbeitslosigkeit	Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen 2017 beziehungsweise im Jahr 2022 (Jahresdurchschnitt in Prozent)	Regionaldatenbank Deutschland
Strukturelle Faktoren	Dichte Handwerksunternehmen	Anzahl der zulassungsfreien und zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen je 1 000 Einwohner*innen im Jahr 2016 beziehungsweise 2021	Regionaldatenbank Deutschland
	Anteil Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe im Jahr 2018 beziehungsweise 2023 (in Prozent)	Bundeswahlleiterin
Demografie	Abiturquote	Anteil der Abgänger*innen allgemeinbildender Schulen mit allgemeiner und Fachhochschulreife im Jahr 2017 beziehungsweise 2022 (in Prozent)	Bundeswahlleiterin
	Bevölkerung 60 Jahre und älter	Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und älter am 31.12.2017 beziehungsweise 2022 (in Prozent der Gesamtbevölkerung)	Bundeswahlleiterin
Zuwanderung	Anteil Ausländer*innen	Anteil der Bevölkerung ohne deutsche Staatsbürgerschaft an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2017 beziehungsweise 2022 (in Prozent)	Bundeswahlleiterin
	Veränderung Anteil der Schutzsuchenden	Anstieg des Anteils der Schutzsuchende an der Gesamtbevölkerung von 2016 bis 2019 beziehungsweise 2019 bis 2022 (in Prozent)	Regionaldatenbank Deutschland

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

© DIW Berlin 2024

Abbildung 1

Stärkste Partei im Kreis bei der Europawahl 2024



- Grüne
- SPD
- CDU/CSU
- AfD

Quellen: Bundeswahlleiterin; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2024

Während in den westlichen Kreisen überwiegend die Union stärkste Partei wird, dominiert im Osten die AfD.

strukturelle Herausforderungen hin. Regionen mit einem hohen Anteil an Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe sind der Globalisierung und somit dem Importwettbewerb stärker ausgesetzt.<sup>2</sup> Besonders diese Arbeitnehmer\*innen dürften sich aufgrund zunehmender Automatisierung und Digitalisierung um ihren Job sorgen. Ein hoher Anteil an Handwerksunternehmen weist auf wirtschaftliche Kleinteiligkeit und damit auf eine schwächere wirtschaftliche Entwicklung und auf geringere Beschäftigungsmöglichkeiten hin.<sup>3</sup>

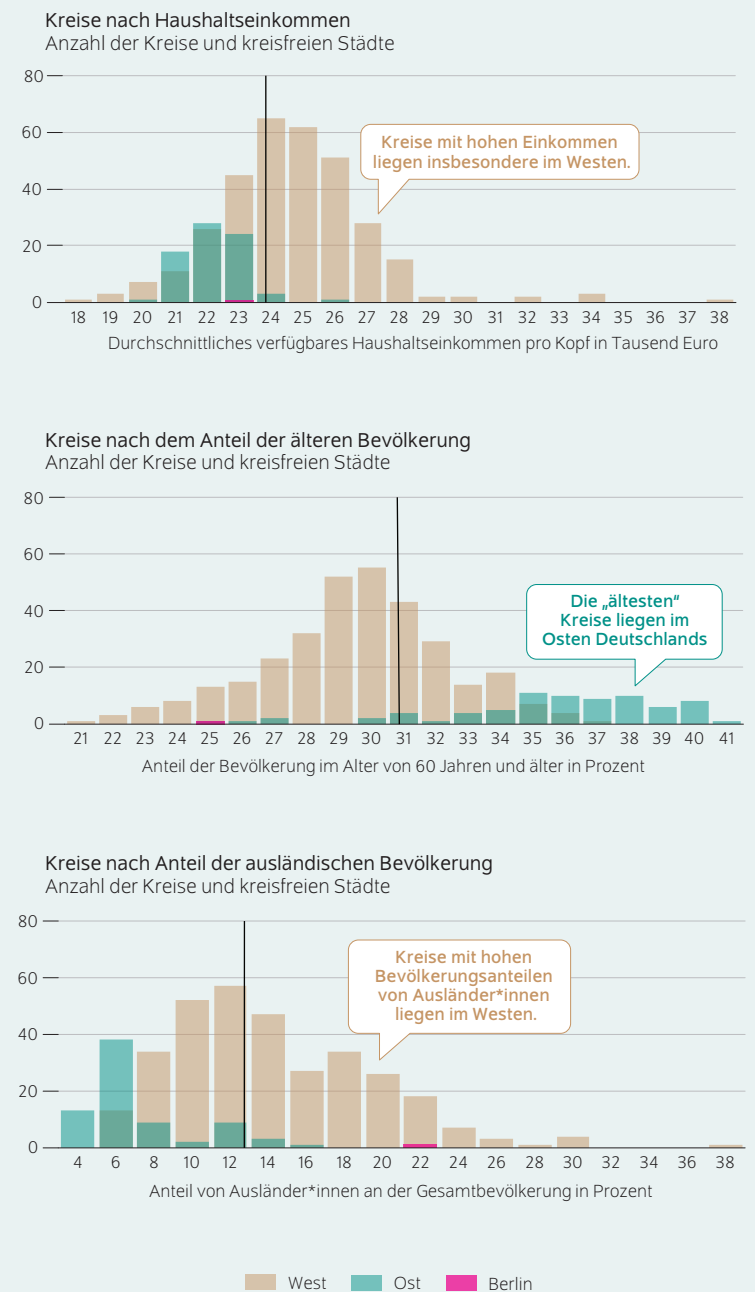
Drittens werden soziodemografische Faktoren der Kreise berücksichtigt, welche die Lebensverhältnisse einer Region erfassen<sup>4</sup> und Informationen über soziale Werte, Interessen und Ressourcen enthalten.<sup>5</sup> Ein niedriger Bildungsgrad in einer Region ist ein wesentliches Merkmal für schwache Zukunftsperspektiven.<sup>6</sup> Eine ältere Bevölkerung spiegelt dies ebenfalls wider und impliziert das Abwandern junger Menschen.<sup>7</sup>

Eine vierte Dimension greift die aktuellen Debatten in Deutschland um Zuwanderung auf. Laut einer Umfrage des European Council on Foreign Relations (ECFR) sehen 29 Prozent der Deutschen Migration als die wichtigste aktuelle Herausforderung an.<sup>8</sup> Dementsprechend betrachtet die Analyse den Anteil der Menschen ohne deutschen Pass an der Gesamtbevölkerung und die Zuwanderung von Schutzbedürftigen.

Im Weiteren werden die Ausprägungen der vier Dimensionen in den einzelnen Regionen unter Berücksichtigung von Ost-West-Unterschieden vorgestellt, um die regional ungleichen Lebensverhältnisse in Deutschland zu beschreiben. Anschließend untersucht der Wochenbericht, wie diese Faktoren in den einzelnen Kreisen mit den Wahlerfolgen der AfD und des BSW zusammenhängen. Dabei steht der Einfluss der zuvor angesprochenen Strukturmerkmale eines Kreises auf die Wahlergebnisse dieses Kreises im Fokus, nicht jedoch die Wahlentscheidungen einzelner Personen. Grundlage der Untersuchung sind neben den Wahlergebnissen in den 400 Kreisen und kreisfreien Städten entsprechende Strukturdaten auf Kreisebene. Diese Daten liegen für

Abbildung 2

**Verteilung der Kreise und kreisfreien Städte nach verschiedenen Kriterien**



Anmerkungen: Keine disaggregierten Daten für Berlin verfügbar. Datenreihen überlappen sich.

Quellen: Bundeswahlleiterin; Rohdaten Regionaldatenbank Deutschland; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2024

Ost- und westdeutsche Kreise unterscheiden sich erheblich nach soziodemografischen Merkmalen.

<sup>2</sup> Lawrence J. Broz, Jeffrey Frieden und Stephen Weymouth (2021): Populism in place: the economic geography of the globalization backlash. *International Organization* 75(2), 464–494; David H. Autor, David Dorn und Gordon H. Hanson (2016): The China shock: Learning from labor-market adjustment to large changes in trade. *Annual Review of Economics*, 8(1), 205–240.

<sup>3</sup> Daniel Oesch und Line Rennwald (2018): Electoral competition in Europe's new tripolar political space: Class voting for the left, centre-right and radical right. *European Journal of Political Research* 57(4), 783–807.

<sup>4</sup> Kai Arzheimer und Theresa Bernemann (2024): "Place" does matter for populist radical right sentiment, but how? Evidence from Germany. *European Political Science Review* 16(2), 167–186.

<sup>5</sup> Arzheimer und Bernemann (2024), a. a. O.

<sup>6</sup> Oesch und Rennwald (2018), a. a. O.

<sup>7</sup> Steffen Mau und Lütten Klein (2019): *Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Suhrkamp Verlag.

<sup>8</sup> Ivan Krastev und Mark Leonard (2024): A new political map: Getting the European Parliament election right. *European Council on Foreign Relations, Policy Brief* (online verfügbar, abgerufen am 17. Juli 2024). Dies gilt auch für alle anderen Onlinequellen, sofern nicht anders vermerkt.

nahezu alle Kreise vor, sodass die Analyse auf Basis von 382 Kreisen durchgeführt werden konnte (Kasten 1, Kasten 2).

### Lebensverhältnisse in den Kreisen unterscheiden sich erheblich

Das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen in den Kreisen unterscheidet sich erheblich (Abbildung 2). Der Bundesdurchschnitt liegt im Jahr 2021 bei etwa 24 200 Euro pro Kopf. In Gelsenkirchen Stadt sind die Einkommen am niedrigsten (17 924 Euro), in Sarnberg hingegen mehr als doppelt so hoch (37 500 Euro). Insgesamt befinden sich aber die Einkünfte in den ostdeutschen Regionen eher in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung.

Die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen im Alter von 15 bis unter 25 weist einen Wert von im Durchschnitt 4,3 Prozent aus. Sie ist sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland in den vergangenen Jahren gefallen, dennoch bleiben Unterschiede bestehen. Vier der fünf Kreise, in denen die Jugendarbeitslosigkeit bei über zehn Prozent ist, sind ostdeutsch (Uckermark, Mansfeld-Südharz, Dessau-Roßlau und Vorpommern-Rügen). Dagegen liegt in bayerischen und baden-württembergischen Kreisen die durchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit bei 2,6 Prozent.

Auch die Bevölkerungsstruktur der Kreise in Deutschland unterscheidet sich markant. Obgleich die Bevölkerung in ganz Deutschland älter wird, sind vor allem ostdeutsche Kreise besonders stark betroffen (Abbildung 2). Im Durchschnitt waren im Jahr 2022 knapp 36 Prozent der Menschen in den ostdeutschen Kreisen 60 Jahre oder älter. In westdeutschen Kreisen ist der Durchschnitt rund fünf Prozentpunkte niedriger. Ein zentraler Grund für diese Unterschiede ist die Nettoabwanderung aus Ostdeutschland von über 1,2 Millionen Menschen seit 1990, die nachhaltige Spuren in der Altersstruktur hinterließ: Der Altersdurchschnitt der Bevölkerung in den ostdeutschen Regionen ist mithin erheblich höher als in den westdeutschen.<sup>9</sup>

Eine weitere Strukturvariable greift die in Deutschland geführte Debatte rund um Globalisierung und Digitalisierung auf, die vor allem Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe trifft. Im Durchschnitt arbeiten etwa 31 Prozent der Beschäftigten in Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Besonders im Süden der Bundesrepublik (Tuttlingen oder Dingolfing-Landau), rund um Autostandorte in Niedersachsen (Salzgitter) und Industriezentren in Nordrhein-Westfalen (Olpe)<sup>10</sup> haben mehr als die Hälfte der Menschen in diesem Wirtschaftszweig einen Job. In großen Städten (unter anderem Frankfurt am Main, Bonn, Potsdam, Düsseldorf) arbeiten anteilmäßig wesentlich weniger Menschen im Verarbeitenden Gewerbe.

<sup>9</sup> Statistisches Bundesamt, Destatis (2024): Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland zwischen 1990 und 2022: Angleichung oder Verfestigung der Unterschiede? (online verfügbar).

<sup>10</sup> Nils Wischmeyer (2023): Ople Valley: Droht das Weltmarktführer-Idyll zu bröckeln. WirtschaftsWoche, 6. März 2023 (online verfügbar).

Zuletzt sei ein Blick auf die Migrationssituation in den Kreisen geworfen. Im Durchschnitt liegt der Anteil der ausländischen Bevölkerung in den Kreisen bei 13 Prozent (Abbildung 2). Insgesamt ist damit der durchschnittliche Anteil der ausländischen Bevölkerung über Kreise hinweg seit 2017 in Deutschland um 2,9 Prozentpunkte angestiegen. In Offenbach am Main besitzen 39 Prozent der Bevölkerung keinen deutschen Pass, in Frankfurt am Main, Pforzheim, Ludwigshafen und Heilbronn um die 30 Prozent. Dagegen sind die Zahlen in den meisten ostdeutschen Regionen wesentlich geringer. In sächsischen Kreisen hatten im Jahr 2022 beispielsweise weniger als sieben Prozent der Einwohner\*innen keine deutsche Staatsbürgerschaft.

### Regionale Strukturmerkmale hängen mit Erfolg der AfD zusammen

Die Analyse der Strukturdaten und der Wahlergebnisse zeigt: Die AfD schneidet schlechter ab in Kreisen, in denen das durchschnittliche Einkommen und das Bildungsniveau höher sind (Tabelle). Hingegen steigt die Zustimmung zur AfD in den Kreisen, je älter die Bevölkerung, je höher die Jugendarbeitslosigkeit, je höher der Anteil der Handwerksunternehmen und der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe sowie der Anteil der ausländischen Bevölkerung ist.<sup>11</sup> Die AfD ist in Kreisen stark, in denen die ökonomische, strukturelle und demografische Entwicklung schlechter sowie die Zuwanderung höher ist.

Allerdings macht die Ost-West-Dummy-Variable deutlich, dass es systematische Unterschiede zwischen den ost- und den westdeutschen Bundesländern gibt, die jedoch nicht näher erklärt werden können.

Eine nach West- und Ostdeutschland getrennte Analyse zeigt: In Westdeutschland bestehen die gleichen Zusammenhänge wie in Gesamtdeutschland. Im Gegensatz dazu sind in Ostdeutschland lediglich zwei Variablen hoch signifikant: Bildung und Demografie. Die AfD schneidet in den ostdeutschen Kreisen besser ab, in denen das Bildungsniveau niedriger und die Bevölkerung älter ist.<sup>12</sup>

Der Vergleich der Europawahlergebnisse von 2019 und 2024 zeigt, dass sich die erklärenden Variablen auf einem hohen signifikanten Niveau kaum verändert haben. Interessanterweise ist auch das Bild für die Kreise in Ostdeutschland gleich geblieben. Bei den westdeutschen Kreisen ist das persönliche Einkommen als erklärende Variable hinzugekommen. Mit anderen Worten: Die AfD ist inzwischen auch in

<sup>11</sup> Ähnliche Ergebnisse liefern Arzheimer und Bernemann (2024), a. a. O.; Broz, Frieden und Weymouth (2021) a. a. O.; Autor, Dorn und Hanson (2016) a. a. O., sowie Maria Greve, Michael Fritsch und Michael Wyrwich (2023): Long-term decline of regions and the rise of populism: The case of Germany. *Journal of Regional Science* 63 (2), 409–445.

<sup>12</sup> Hier sei nochmals darauf verwiesen, dass der Bericht Strukturmerkmale eines Kreises in einen Zusammenhang mit den Wahlergebnissen setzt, welche nicht die Wahlentscheidungen einzelner Personen erfassen. Dementsprechend ist nicht ausgeschlossen, dass auch in ostdeutschen Kreisen mit einem geringen Anteil von Ausländer\*innen das Thema Migration die Wahlentscheidung einzelner Wählender beeinflusst hat.

Tabelle

**Einfluss der Faktoren in den Kreisen auf Stimmanteile der AfD und des BSW**  
Effekt in Prozentpunkten

	AfD						BSW		
	Unabhängige Variable: Stimmanteil Europawahl 2024			Unabhängige Variable: Stimmanteil Europawahl 2019			Unabhängige Variable: Stimmanteil Europawahl 2024		
	Deutschland	Westen	Osten	Deutschland	Westen	Osten	Deutschland	Westen	Osten
Verfügbares Einkommen	-0,826***	-0,666***	-0,703	-0,419**	-0,143	0,988	-0,262***	-0,327***	0,507
Jugendarbeitslosigkeit	0,861***	1,049***	-0,921*	0,13	0,623***	-0,615	0,145	0,081	-0,099
Dichte der Handwerksunternehmen	0,632***	0,133	0,484	0,543***	0,151	0,886	-0,12	-0,044	-0,527
Anteil der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe	1,559***	1,505***	0,787	0,781***	0,719***	0,728	0,066	0,094**	-0,422
Abiturquote	-0,727***	-0,711***	-2,279***	-0,444***	-0,477***	-1,295**	-0,053	0,071	-0,676*
Anteil der Menschen im Alter von 60 Jahren und älter	2,219***	1,613***	2,805***	1,682***	0,888***	2,875***	0,750***	0,592***	1,274***
Anteil der ausländischen Bevölkerung	1,161***	0,810***	-1,653	1,525***	1,023***	0,222	0,555***	0,511***	0,447
Veränderung des Anteils der Schutzsuchenden	0,267	0,224	0,338	0,522*	0,571**	2,816	-0,123	-0,185**	0,319
Ost-West-Dummy	12,382***			11,285***			9,325***		
Konstante	14,571***	14,461***	25,112***	9,386***	9,256***	19,639***	4,744***	4,801***	13,852***
Anzahl Kreise	382	312	70	382	312	70	382	312	70
R <sup>2</sup>	0,887	0,533	0,846	0,85	0,37	0,622	0,951	0,441	0,378
Adjusted R <sup>2</sup>	0,884	0,52	0,826	0,847	0,353	0,573	0,95	0,426	0,296
F-Statistik	324,384***	43,177***	41,891***	234,575***	22,223***	12,551***	802,006***	29,873***	4,627***

Anmerkungen: Sternchen bezeichnen das Signifikanzniveau, das die statistische Genauigkeit der Schätzung angibt. Je mehr Sternchen, umso geringer die Irrtumswahrscheinlichkeit: \*\*\*, \*\* und \* geben die Signifikanz auf dem Ein-, Fünf-, und Zehn-Prozent-Niveau an.

Lesbeispiel: Der Koeffizient von -0,826 bedeutet, dass ein Anstieg der verfügbaren Einkommen um eine Standardabweichung über den Durchschnitt aller Kreise ceteris paribus mit einer Abnahme des Wahlergebnisses der AfD um -0,826 Prozentpunkte einhergeht.

Quelle: Eigene Berechnungen.

westdeutschen Regionen stark, die sich durch ein niedriges Einkommen auszeichnen. Außerdem erfährt die AfD nur in westdeutschen Regionen mit einem hohen Anteil der Menschen ohne deutschen Pass eine hohe Zustimmung (Abbildung 2). Die Zunahme an Schutzbedürftigen hat auf regionaler Ebene hingegen keinen signifikanten Einfluss.

**AfD und BSW sind nahezu zwei Seiten der gleichen Medaille**

So gegensätzlich sich die AfD und das BSW geben, so einig sind sich beide Parteien, wenn es um zwei zentrale politische Themen der letzten Jahre geht: die Haltung gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und die ablehnende Haltung gegenüber Migration. Dementsprechend ähneln sich die Ergebnisse der Regressionen. Beim BSW wie bei der AfD gilt, dass ein höheres Einkommen negativ mit dem Wahlerfolg zusammenhängt. Ebenso sind beide Parteien in Kreisen stark, die eine ältere Bevölkerung und einen höheren Anteil an Menschen ohne deutschen Pass haben. Somit hängen auch die Wahlergebnisse des BSW nicht mit einzelnen Faktoren zusammen. Einen hohen Effekt hat erneut die Konstante, die für die ostdeutschen Kreise positiv ist. Das heißt, dass das BSW grundsätzlich in Ostdeutschland stärker ist. Aber es gibt auch Unterschiede: Die AfD ist in Regionen mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit, mit niedrigeren

Abiturquoten und mit einer hohen Dichte an Handwerksunternehmen stärker, für das BSW gilt das eher nicht. Das weist darauf hin, dass die AfD in Regionen mit besonders vielen negativen Strukturmerkmalen erfolgreicher ist als das BSW.

Eine Analyse der Kreise getrennt nach ost- und westdeutschen Bundesländern zeigt, dass im Westen der Republik ein höheres Einkommen negativ mit dem Wahlausgang für das BSW in Verbindung steht. Zudem sind eine ältere Bevölkerung sowie ein höherer Anteil an Menschen ohne deutschen Pass mit einem besseren Wahlergebnis für das BSW assoziiert. Hinzu kommt, dass der Anteil der sozialpflichtig Versicherten im Verarbeitenden Gewerbe für Westdeutschland eine erklärende Variable wird: Je höher der Anteil, umso eher hat das BSW Erfolg. Damit bedarf dessen Gewinne auch in Westdeutschland einer mehrdimensionalen Erklärung selbst wenn nicht alle Variablen, die bei der AfD signifikant sind, auf einen signifikanten Zusammenhang mit dem BSW hinweisen.

Bemerkenswerterweise korrelieren in Ostdeutschland dieselben Variablen auf einem hohen Signifikanzniveau mit dem Erfolg des BSW wie für die AfD: die beiden demografischen Variablen. Ein höherer Bildungsgrad ist mit einem niedrigeren Wahlergebnis des BSW verbunden, eine ältere Bevölkerung mit einem höheren Stimmenanteil.

## Kasten 2

**Methodisches Vorgehen**

Die acht Strukturvariablen werden auf den Anteil der Parteistimmen regressiert. Die Analyse wird für die Europawahlen 2019 und 2024 einzeln durchgeführt. Die Hauptregression beinhaltet zusätzlich zu den acht Strukturvariablen eine binäre Variable, die zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheidet. Zusätzlich wird die Regression für die ostdeutschen und westdeutschen Kreise separat wiederholt.

**Multivariate Regression**

Für die Hauptanalyse wird das folgende lineare Regressionsmodell definiert:

$$\begin{aligned} \text{Partei}_i^p = & \beta_0 + \beta_1 \text{Einkommen}_i + \beta_2 \text{Jugendarbeitslosenquote}_i \\ & + \beta_3 \text{DichteHandwerksunternehmen}_i \\ & + \beta_4 \text{Beschäftigte im produz. Gewerbe}_i + \beta_5 \text{Abiturquote}_i \\ & + \beta_6 \text{Bevölkerung60plus}_i + \beta_7 \text{Ausländeranteil}_i \\ & + \beta_8 \text{Schutzsuchende}_i + \beta_9 \text{DummyOW} + \epsilon_i \end{aligned}$$

Dabei ist die abhängige Variable der Stimmanteil der jeweiligen Partei  $p$  im Wahlkreis  $i$  bei der Europawahl (2019, 2024) in Prozent.<sup>1</sup> Die erklärenden Variablen sind die oben beschriebenen acht Strukturvariablen, die zusätzlich standardisiert werden. Die Standardisierung wird unten erläutert. Zusätzlich wird eine Dummy-Variablen berücksichtigt, die ost- und westdeutsche Wahlkreise

<sup>1</sup> Um den Grad der Multikollinearität zu berechnen, wurde der Varianzinflationsfaktor (VIF) berechnet. Sie sind für alle Variablen kleiner als vier, was auf eine moderate Multikollinearität zwischen den Variablen hindeutet.

**Schätzmodell erfasst einen hohen Anteil des Wahlerfolgs von AfD und BSW**

Die acht Strukturvariablen beschreiben zusammen mit der Dummy-Variablen 89 Prozent der Variation der AfD-Stimmanteile bei der Europawahl 2024 (Tabelle), beim BSW sind es 95 Prozent. Ähnlich zur Europawahl 2019 unterschätzt das Modell auch im Jahr 2024 die tatsächlichen Ergebnisse für die AfD im Osten vor allem in Sachsen, etwa in Bautzen, der Sächsischen Schweiz, Meißen, Nordsachsen oder Görlitz (Abbildung 3, linker Teil).<sup>13</sup> Im Westen stechen auch einige Städte hervor, in denen das Modell die Ergebnisse unterschätzt: am stärksten in Pforzheim, aber auch in Pirmasens, Worms, Kaiserslautern, Fulda und Heilbronn. In eher städtisch geprägten Regionen überschätzt das Modell die tatsächlichen Stimmen etwas, im Osten etwa in Dessau, Brandenburg an der Havel, Schwerin, Rostock, Weimar und Jena, im Westen zum Beispiel in Offenbach.

<sup>13</sup> Christian Franz, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos (2019): Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland. DIW Wochenbericht Nr. 34, 591–602 (online verfügbar).

unterscheidet (Ost = 1). Der Fehlerterm  $\epsilon$  erfasst dabei Messfehler sowie nicht berücksichtigte Einflüsse von Drittvariablen.

**Standardisierung der Variablen**

Um einen Vergleich der Regressionskoeffizienten zu ermöglichen, wurden die Variablen gemäß folgendem Schema standardisiert:

$$\widehat{x}_i = \frac{x_i - \bar{x}}{\sigma_x}$$

Der transformierte Wert von  $\widehat{x}_i$  entspricht dem Ursprungswert  $x_i$  abzüglich des arithmetischen Mittels der Variable über alle Kreise hinweg, dividiert durch die Standardabweichung der Variable im Datensatz ( $\sigma_x$ ). Die abhängige Variable in den Regressionen (Stimmanteil der jeweiligen Partei in Prozent), die prozentuale Veränderung der Schutzsuchenden sowie die Dummy-Variablen zur Unterscheidung von Ost und West wurden nicht transformiert. Der Wert und die Interpretation der geschätzten Koeffizienten verändern sich durch die Transformation (siehe Lesebeispiel unterhalb der Regressionstabellen). Die Konfidenzintervalle ändern sich durch die Transformation nicht.

**Deskriptive Statistiken zum Datensatz**

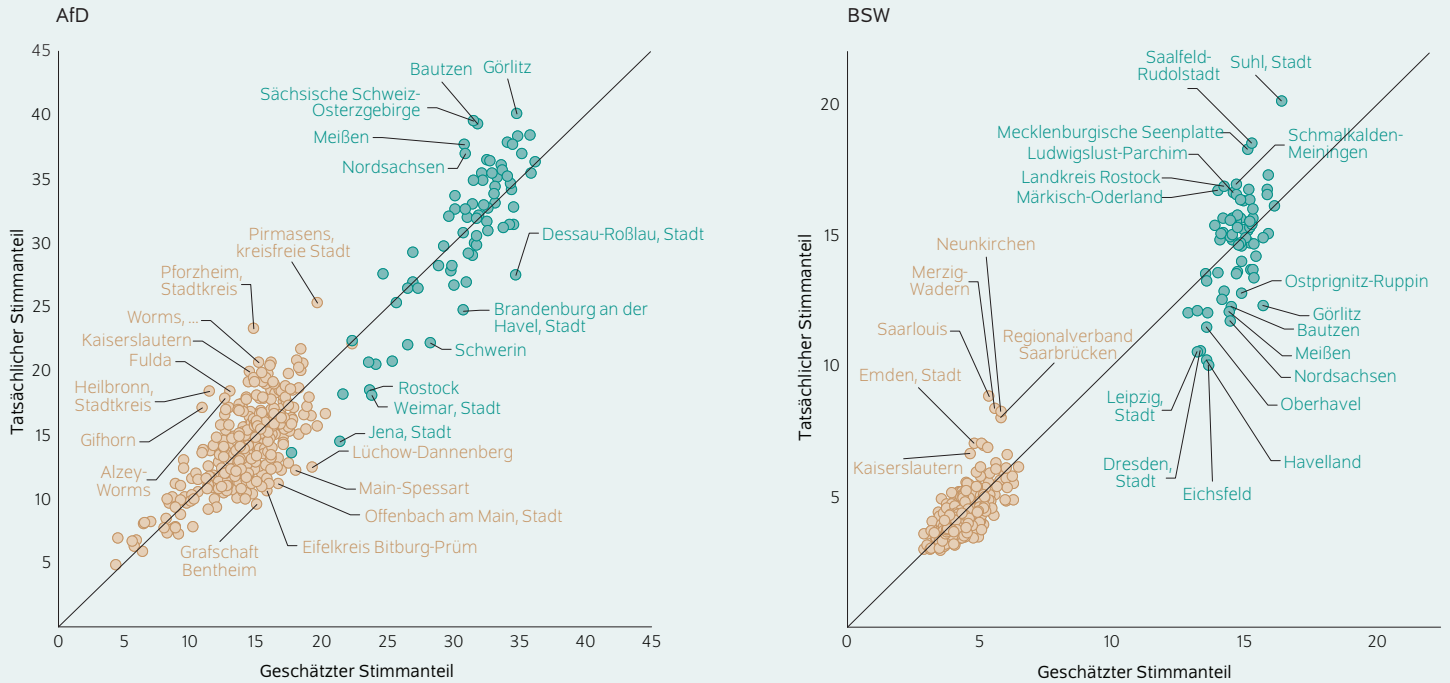
Die deskriptive Statistik zeigt die Variablen für die Hauptanalyse. Die Durchschnittswerte sind ungewichtet, die Unterschiede in der Bevölkerungszahl wurden nicht berücksichtigt – jeder Wahlkreis zählt als gleichwertige Beobachtung. Dieses Vorgehen erklärt die Abweichungen von der amtlichen Statistik.

Beim BSW (Abbildung 3, rechter Teil) unterschätzt das Modell die Stimmanteile in manchen östlichen Städten und Kreisen in Thüringen, etwa in Suhl, wo das Bündnis mit 20 Prozent das höchste Ergebnis erzielte, in manchen östlichen Kreisen Mecklenburg-Vorpommerns sowie in manchen westlichen städtischen Gebieten, erneut in Kaiserslautern, aber auch in Emden, Saarlouis und Neunkirchen. Überschätzungen der Ergebnisse des BSW gibt es nur in den östlichen Bundesländern, so in Dresden, Leipzig, Meißen, Görlitz oder Bautzen. In diesen Städten wurden die Ergebnisse der AfD unterschätzt. Unter der Annahme, dass die Variablen und das Modell die ökonomischen, strukturellen, demografischen und migrationsbezogenen Lebenslagen eines Kreises richtig erfassen, bedeuten diese Über- und Unterschätzungen, dass die Wahlentscheidungen in diesen Kreisen von anderen Faktoren bestimmt werden.<sup>14</sup>

<sup>14</sup> Eelco Harteveld et al. (2022): Multiple roots of the populist radical right: Support for the Dutch PVV in cities and the countryside. *European Journal of Political Research* 61 (2), 440–461; Rahsaan Maxwell (2020): Geographic divides and cosmopolitanism: Evidence from Switzerland. *Comparative Political Studies* 53 (13), 2061–2090.

Abbildung 3

**Geschätzte und tatsächliche Wahlergebnisse in Kreisen bei Europawahl 2024**  
In Prozent



Anmerkungen: N = 382 Kreise und kreisfreie Städte. Punkte, die mit Namen versehen sind, weichen um über fünf Prozentpunkte (links: AfD) oder um über zwei Prozentpunkte (rechts: BSW) vom tatsächlichen Ergebnis ab.

Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2024

Die acht Variablen beschreiben zusammen mit der Dummy-Variablen 89 Prozent der Variation der AfD-Stimmanteile, beim BSW sind es 95 Prozent.

**Fazit: Alter, Bildung und Einkommen in den Kreisen sind Schlüsselfaktoren für populistische Wahlerfolge**

Bei der Europawahl können zwei populistische Parteien, die AfD und der BSW, starke Gewinne einfahren, während die Parteien der Bundesregierung, vor allem die Grünen, starke Verluste verkraften müssen. Dieser Wochenbericht hat unterschiedliche Erklärungsansätze für den Wahlausgang empirisch untersucht.

Die Ergebnisse zeigen, dass für die Erfolge der AfD ebenso wie für das BSW vor allem in Westdeutschland mehrere Faktoren herangezogen werden müssen. Eine negative ökonomische und strukturelle Lage in den Kreisen und kreisfreien Städten spielt für die AfD mehr noch als für das BSW eine Rolle, ebenso wie eine ältere Bevölkerung und ein höherer Anteil an Menschen ohne deutschen Pass. Allerdings bestehen Unterschiede zwischen den west- und ostdeutschen Kreisen. Während für den Erfolg der AfD in Westdeutschland weiterhin mehrere Faktoren in Frage kommen, so ist die AfD in Ostdeutschland vor allem in Kreisen mit einer problematischen demografischen Entwicklung stark.

Das BSW teilt nicht nur einige wichtige politische Standpunkte mit der AfD, auch sein Wahlerfolg hängt mit ähnlichen Faktoren zusammen: Je geringer das Einkommen, je älter die Bevölkerung und je höher der Anteil der Ausländer\*innen, umso stärker ist das BSW in einem Kreis. Allerdings ist das BSW nicht überall dort erfolgreich, wo die AfD gute Ergebnisse erzielt: Regionen mit besonders negativen Strukturmerkmalen tendieren eher zur AfD als zum BSW.

Die Ergebnisse des Wochenberichtes führen zu verlorenen Illusionen der demokratischen Mitte. Der Erfolg der populistischen Parteien wird in dieser Europawahl bestätigt: Im Vergleich zu den Europawahlen im Jahr 2019 ist die AfD in Regionen mit sehr ähnlichen Strukturausprägungen noch stärker geworden. Aus Protestwählenden werden sukzessive systematische AfD-Wählende. Der sehr ähnlich gelagerte Erfolg der anderen populistischen Partei, also des BSW, unterstreicht dies nur. Zum zweiten verstärkt der Wochenbericht die Erkenntnis, dass es keine singuläre Erklärung für den Erfolg der populistischen Parteien gibt. Jenseits der Anzahl der Ausländer\*innen sind es vor allem unterschiedliche negative Ausprägungen der ökonomischen, strukturellen und demografischen Faktoren, die für diesen Wahlausgang auf Kreisebene eine Rolle spielen.

Eine Politik, die Lösungsansätze nur in einer Dimension etwa in Richtung der Verringerung der Zuwanderung von Geflüchteten ausbaut, greift daher zu kurz. Stattdessen sind – sicherlich erst mittelfristig wirkende – Zukunftsinvestitionen notwendig, welche die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit strukturschwächerer Regionen helfen zu verbessern. Je nach Region und Problemlagen wird es um ganz unterschiedliche Maßnahmen gehen. In manchen Regionen werden eine Ausweitung von Aus- und Weiterbildungsprogrammen für von Arbeitsplatzverlusten bedrohte Arbeiter\*innen oder mehr Ausbildungsplätze für junge Arbeitslose

gefragt sein. In anderen strukturschwächeren und demografisch schnell alternden Regionen wird der Wiederaufbau der öffentlichen Grundversorgung notwendig werden, die in der Vergangenheit wohl infolge der Abwanderung jüngerer Menschen eher abgebaut wurde.<sup>15</sup> Um solche Regionen für jüngere Menschen wieder attraktiv zu machen, wird es öffentlicher Investitionen zur Verbesserung der lokalen und regionalen Infrastruktur bedürfen.

---

<sup>15</sup> Vgl. Felix Arnold et al. (2015): Große regionale Disparitäten bei den kommunalen Investitionen. DIW Wochenbericht 43, 1031–1040.

**Christian Franz** ist Doktorand an der Universität Bielefeld | [c.franz@uni-bielefeld.de](mailto:c.franz@uni-bielefeld.de)

**Adelina Garamow** ist Doktorandin in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [agaramow@diw.de](mailto:agaramow@diw.de)

**Alexander S. Kritikos** ist wissenschaftliches Mitglied im Vorstand des DIW Berlin | [akritikos@diw.de](mailto:akritikos@diw.de)

**Alexander Kriwoluzky** ist Abteilungsleiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [akriwoluzky@diw.de](mailto:akriwoluzky@diw.de)

**Marcel Fratzscher** ist Präsident des DIW Berlin | [mfratzscher@diw.de](mailto:mfratzscher@diw.de)

**JEL:** D72, Z13

**Keywords:** political parties, elections, Germany, economy, demography, migration, structural data, European elections, Federal elections

## INTERVIEW



Alexander Kriwoluzky ist Leiter der Abteilung  
Makroökonomie im DIW Berlin

# „Die AfD ist in überalterten Kreisen mit wirtschaftlichen und strukturellen Problemen stark“

- 1. Herr Kriwoluzky, Sie und Ihre Kollegen\*innen haben den Wahlerfolg der populistischen Parteien Deutschlands bei der Europawahl analysiert. Dazu haben Sie die regionalen Lebensverhältnisse in den Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands in den Blick genommen. Welche regionalen Faktoren wurden für die Analyse betrachtet?**

Wir haben uns vier regionale Faktoren angesehen: erstens die aktuelle Wirtschaftslage, zum Beispiel die Höhe des durchschnittlichen Einkommens und zweitens die strukturelle Wirtschaftslage; dazu gehört zum Beispiel der Anteil der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe. Des Weiteren haben wir soziodemografische Daten erfasst, wie den Anteil der über 60-Jährigen in der Bevölkerung oder die Abiturquote. Der vierte Faktor ist die Migration. Das heißt, wir haben untersucht, wie hoch in den Kreisen etwa der Anteil der Menschen ohne deutschen Pass ist.

- 2. Welche dieser regionalen Faktoren stehen mit dem Erfolg der AfD in Zusammenhang?** Erstaunlicherweise stehen fast alle Faktoren, die wir uns anschauen, in einem hohen signifikanten Zusammenhang mit dem Wahlerfolg der AfD. Es sind die derzeitige wirtschaftliche Situation, außerdem die strukturelle wirtschaftliche Lage, die Demografie und der Anteil der Ausländer\*innen in den Kreisen, die mit dem Wahlerfolg der AfD zusammenhängen.

- 3. Gilt das auch für das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)?** Mit dem Wahlerfolg des BSW stehen ähnliche Faktoren im Zusammenhang wie bei der AfD. Dazu gehören vor allem das verfügbare Einkommen der Haushalte und die Demografie. Das heißt, in Kreisen, in denen die Bevölkerung älter ist, ist das Bündnis Sahra Wagenknecht stärker. Das gilt auch für die Zuwanderung, denn es gibt einen positiven Zusammenhang zwischen dem Anteil der Ausländer\*innen in den Kreisen und dem Erfolg des BSW.

- 4. Inwieweit unterscheiden sich Ihre Ergebnisse zwischen west- und ostdeutschen Kreisen?** Die Faktoren, die in Gesamtdeutschland in einem hohen Zusammenhang mit dem

Wahlerfolg der AfD stehen, hängen auch in Westdeutschland mit dem Wahlerfolg der AfD zusammen. Das gilt aber nicht für Ostdeutschland. Dort stehen nur die demografischen Faktoren in einem hohen Zusammenhang mit dem Wahlerfolg der AfD. Das heißt, die AfD schneidet in den ostdeutschen Kreisen besser ab, in denen das Bildungsniveau niedriger und die Bevölkerung älter ist. Beim BSW sieht das Ergebnis sehr ähnlich aus.

- 5. Im Vergleich zu 2019 konnte die AfD bei der Europawahl 2024 große Stimmenzuwächse verzeichnen und das BSW konnte aus dem Stand ein sehr gutes Ergebnis erzielen. Haben sich die regionalen Faktoren seit 2019 verschlechtert?** Das würde ich so nicht sagen. Ich würde eher sagen, dass sich viel zu wenig zum Guten verändert hat. Weil sich die Situation in vielen Kreisen eben noch nicht verbessert hat, sind wahrscheinlich viele Bürger\*innen, die sich das vor zehn Jahren noch nicht vorstellen konnten, zu der Entscheidung gekommen: Ja, ich bin jetzt bereit, einer populistischen Partei meine Stimme zu geben, weil sich sonst wohl nichts ändern wird.

- 6. Welche politischen Lehren lassen sich aus den Ergebnissen Ihrer Studie ziehen?** Die erste Lehre ist, dass sich die populistischen Parteien auch in Deutschland etablieren. Zweitens hängt ihr Erfolg mit mehreren Faktoren zusammen. Widmet man sich also nur einem Faktor, ändert das nichts am Wahlerfolg dieser Parteien. Stattdessen muss man gesamtheitlich ein Konzept entwickeln, wie man die mittelfristige Situation in diesen Kreisen verbessert. Dazu gehören selbstverständlich öffentliche Investitionen in die Infrastruktur dieser Kreise, vor allem in Ostdeutschland.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf  
[www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)

SOEP Papers Nr. 1207  
2024 | Ronald Bachmann, Myrielle Gonschor



## Technological Progress, Occupational Structure, and Gender Gaps in the German Labour Market

We analyze if technological progress and the change in the occupational structure have improved women's position in the labour market. We show that women increasingly work in non-routine manual and in interactive occupations. However, the observed narrowing of the gender wage gap is entirely driven by declining gender wage gaps within, rather than between, occupations. A decomposition exercise reveals that while explained factors have become more important contributors to the gender wage gap, the importance of unexplained factors has strongly declined. Therefore, unequal treatment based on unobservables, i.e. discrimination, is likely to have declined over time. Finally, technological change as measured by job tasks plays an ambiguous role. Institutional factors, and in particular part-time employment, are still a major driver of the gender wage gap.

[www.diw.de/publikationen/soeppapers](http://www.diw.de/publikationen/soeppapers)



SOEP Papers Nr. 1208  
2024 | Marina Krauß, Niklas Rott



## Early Childcare Expansion and Maternal Health

This paper estimates the causal effect of increased availability of early childcare on maternal health. We focus on a substantial expansion of childcare for children under three years in West Germany from 2006 to 2019. By matching county-level childcare attendance rates with individual data from the German Socio-Economic Panel Study (SOEP), we are able to quantify the effects of this expansion on maternal self-assessed health. Using a county-level fixed-effects model, we find that a 10 percentage point increase in the availability of childcare decreases mothers' self-assessed health by 0.173 points on a one to five scale (19% of a standard deviation). A detailed analysis of various health domains reveals negative effects on both physical and mental health as well as on satisfaction with overall health. One plausible mechanism for these negative effects is the transmission of infections from children to mothers. Consistent with this hypothesis, we observe that increased childcare availability leads to mothers worrying more about their children's health. While early childcare expansions offer well-known benefits in many dimensions like maternal employment and child development, our results suggest that there are unintended negative effects in the health domain of mothers.

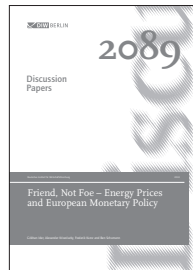
negative effects on both physical and mental health as well as on satisfaction with overall health. One plausible mechanism for these negative effects is the transmission of infections from children to mothers. Consistent with this hypothesis, we observe that increased childcare availability leads to mothers worrying more about their children's health. While early childcare expansions offer well-known benefits in many dimensions like maternal employment and child development, our results suggest that there are unintended negative effects in the health domain of mothers.

[www.diw.de/publikationen/soeppapers](http://www.diw.de/publikationen/soeppapers)



Discussion Papers Nr. 2089

2024 | Gökhan Ider, Alexander Kriwoluzky, Frederik Kurcz, Ben Schumann



## Friend, Not Foe - Energy Prices and European Monetary Policy

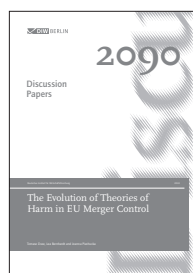
This paper first shows that, contrary to conventional wisdom, the European Central Bank (ECB) can influence global energy prices. Second, through Lucas critique-robust counterfactual analysis, we uncover that the ECB's ability to affect fast-moving energy prices plays an important role in the transmission of monetary policy. Third, we empirically document that, to optimally fulfill its primary mandate, the ECB should swiftly tighten policy in response to an increase in energy prices. Crucially, the tightening required depends on the ECB's ability to influence global energy prices. Finally, we find this policy strategy could have largely prevented the post-pandemic inflation episode.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)



Discussion Papers Nr. 2090

2024 | Tomaso Duso, Lea Bernhardt, Joanna Piechucka



## The Evolution of Theories of Harm in EU Merger Control

We discuss the main Theories of Harm in EU merger control and their evolution since the 1990s. We present stylised facts and trends using data extracted from EU merger decisions by natural language processing tools. EU merger policy has adapted over time, both in terms of legislation and theories of harm, as well as in terms of the investigative tools and evidence used. The introduction of the new Merger Regulation in 2004, which led to a change in the substantive test, also brought about significant changes in the use of Theories of Harm. Unilateral theories are now used more frequently and have developed further, in particular in relation to the assessment of closeness of competition. Non-

horizontal conglomerate and vertical Theories of Harm focusing on foreclosure issues are now much more common and are a standard tool in most in-depth investigations. More novel Theories of Harm related to innovation and digital markets have been developed and implemented since the 2010's. While market shares remain a central tool for merger assessment, the use of internal documents has increased, accompanied by the use of quantitative tools. With respect to Commission interventions, structural remedies are used more frequently, although behavioural remedies are also increasingly deployed, especially in Phase II.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)





TOMASO DUSO

# Wettbewerb als Schlüssel für Europas Wettbewerbsfähigkeit

Tomaso Duso ist Leiter der Abteilung Unternehmen und Märkte im DIW Berlin.  
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Ursula von der Leyen wurde für eine zweite Amtszeit als Präsidentin der Europäischen Kommission bestätigt. Was bedeutet das für die EU-Politik der kommenden fünf Jahre? Fakt ist: Europa steht am Scheideweg. Wir befinden uns in einer Zeit großer Unsicherheit, enormer Herausforderungen und eines sich verändernden geopolitischen Gleichgewichts. Die neue EU-Kommission muss liefern.

Ein zentraler Punkt dabei ist die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Das hat auch die alte und neue Kommissionspräsidentin erkannt. Von der Leyen fordert in ihrem Programm unter anderem einen neuen Ansatz in der Wettbewerbspolitik, der das Wachstum von Unternehmen auf globalen Märkten stärker unterstützt. „Das sollte sich auch in der Art und Weise widerspiegeln, wie wir Fusionen bewerten“, schreibt sie. Diese Sichtweise greift jedoch zu kurz. Eine zu strenge Wettbewerbspolitik ist nicht die Ursache der Probleme in der Wettbewerbsfähigkeit. Die Fusionskontrolle sollte das letzte Instrument sein, das zur Erreichung politischer Ziele gelockert wird. Die Förderung europäischer Champions darf nicht auf Kosten des Wettbewerbs in der EU gehen. Ein funktionierender Binnenwettbewerb ist eine wesentliche Triebkraft für Wettbewerbsfähigkeit und schränkt diese nicht ein.

Vielmehr sind Überregulierung, Bürokratie, hohe Steuern und der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften die Hauptursachen für Defizite bei der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Das Kernproblem bleibt aber das Fehlen eines echten europäischen Binnenmarktes und einer Kapitalmarktunion. Dies hindert Unternehmen daran, die für den globalen Wettbewerb erforderliche Größe zu erreichen und erschwert im Vergleich zu den USA den Zugang zu externer Finanzierung.

Neben Strukturreformen, die diese Probleme angehen, und einer strengen Wettbewerbspolitik ist auch eine wettbewerbsfreundliche Industriepolitik erforderlich. Europa muss sich auf Schlüsselinfrastrukturbereiche konzentrieren, die für die Transformation der Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität und Digitalisierung entscheidend sind: Mehr und bessere Investitionen

in Bildung, digitale Infrastrukturen (Cloud, „Supercomputer“) und Energieinfrastrukturen (Wasserstoff) sowie eine gezielte Industriepolitik in strategisch wichtigen Sektoren wie Batterien, Halbleiter und Impfstoffe sind erforderlich. Angesichts begrenzter Ressourcen müssen Prioritäten gesetzt werden.

Entscheidend wird sein, wie diese Maßnahmen konkret ausgestaltet werden. Industriepolitik muss nicht nur so weit wie möglich über Marktmechanismen statt über direkte Subventionen gestaltet werden. Im Mittelpunkt müssen auch die Auswirkungen auf den Wettbewerb stehen: Je mehr Wettbewerb auf diesen Märkten gefördert wird, desto wirksamer sind die industriepolitischen Maßnahmen. Darüber hinaus ist ein koordiniertes europäisches Vorgehen erforderlich, um zu verhindern, dass einzelne Mitgliedstaaten Alleingänge starten und die Industriepolitik von Lobbyismus und Partikularinteressen bestimmt wird. Ein gutes, aber ausbaufähiges Beispiel sind die IPCEI (Important Projects of Common European Interest), die öffentliche und private Investitionen in ganz Europa mobilisieren und Schlüsseltechnologien umfassen. Glücklicherweise wurde dies im Von-der-Leyen-Programm anerkannt.

Aber wir brauchen mehr: Die Koordinierung auf EU-Ebene, insbesondere beim Aufbau der Infrastruktur und bei der Harmonisierung der Regulierungssysteme, ist entscheidend für einen gut funktionierenden Binnenmarkt. Schließlich ist ein ganzheitlicher Ansatz erforderlich, der die Wettbewerbspolitik mit der Industrie-, Handels-, Klima- und Sicherheitspolitik verbindet. Wettbewerb muss die treibende Kraft sein, um diese Ziele zu erreichen, denn er spielt eine Schlüsselrolle für die Akzeptanz des ökologischen und digitalen Wandels.

Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen, die entschlossenes Handeln erfordern. Die Kommission sollte sich auf eine strategische europäische Industriepolitik konzentrieren, die den Wettbewerb in den Mittelpunkt stellt. Denn Wettbewerb ist dabei nicht das Problem, sondern Teil der Lösung für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige europäische Wirtschaft.